

Die 14. Nationale Maritime Konferenz fand in diesem Jahr in Emden statt.



Jens Schwanen

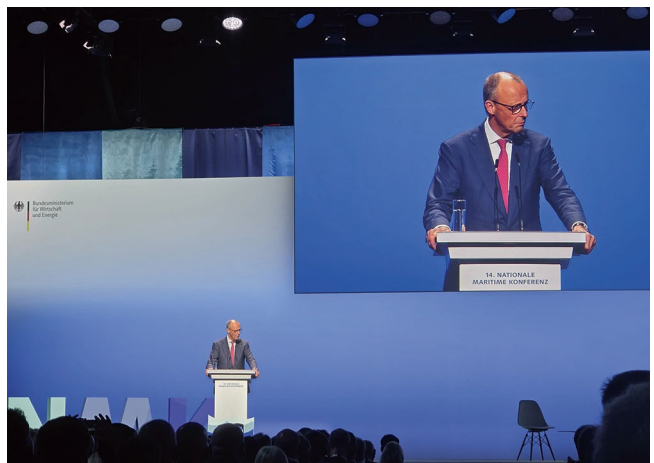
Maritime Stärke sichern

Auf der 14. NMK hat die Bundesregierung die strategische Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit hervorgehoben. Neben schnelleren Genehmigungsverfahren stehen vor allem der Ausbau der Infrastruktur und der Schutz kritischer Systeme im Mittelpunkt.

Maritime Sicherheit hat Priorität – darin waren sich die rund 800 Teilnehmer der 14. Nationalen Maritimen Konferenz (NMK) Ende April 2026 in Emden einig. So betonte Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Eröffnungsrede als Schirmherr der Veranstaltung, dass sich das Regierungshandeln konsequent an den zwei Zielen „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“ und „Stärkung der Sicherheit unseres Landes in Europa“ ausrichte. Daraus ergebe sich ein besonderes Augenmerk der Bundesregierung auf die maritime Wirtschaft und auf ihre Bedingungen. „Denn die maritime Wirtschaft ist eben Wachstums- und Innovationstreiber für unsere ganze Volkswirtschaft“, sagte Merz.

Als „größtes Problem“ bezeichnete der Bundeskanzler „die unverändert zu langen Verfahrenswege und Genehmigungsverfahren“. Das vor einigen Monaten im Bundeskabinett verabschiedete Investitionszukunftsgesetz soll Verfahren beschleunigen und den „Ausbau der Straßen, der Bahnlinien und der Wasserwege so gestalten, dass deren Ausbau gegenüber allen anderen öffentlichen Belangen ein überragendes öffentliches Interesse bekommt“. Merz appellierte daher an die Bundestagsfraktionen, das Gesetz im Deutschen Bundestag schnell zu verabschieden, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren wirklich so beschleunigt werden können, wie es notwendig sei.

Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Stärkung der Hafeninfrastruktur. „Wir wissen genau, dass die deutschen See- und Binnenhäfen gewissermaßen das Gefäßsystem unserer Volkswirtschaft sind. Sie sind zugleich die Dreh- und Angelpunkte



Jens Schwanen

Bundeskanzler Friedrich Merz hielt als Schirmherr der Konferenz die Auftaktrede.

für eine sichere, saubere Energieversorgung und für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes ohnehin“, betonte Merz und ergänzte: „Damit sie diesen Zukunftsaufgaben vollumfänglich gerecht werden können, müssen sie ausgebaut, modernisiert und digitalisiert werden.“ Die Bundesregierung leiste über den sogenannten Hafenlastenausgleich bereits jedes Jahr einen festen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Seehäfen. Die Summe zu erhöhen sei allerdings „verfassungsrechtlich nicht so einfach“, da nicht der Bund, sondern die Länder für die Hafenfinanzierung zuständig seien. Merz wies aber daraufhin, dass über den Klima- und Transformationsfonds bis zum Jahr 2029 zusätzlich 400 Millionen Euro für klimafreundliche Schifffahrt und Häfen bereitgestellt werden.

Schutz kritischer Infrastrukturen

Ein weiteres beherrschendes Thema der Konferenz war die Sicherheit der Infrastruktur. Angesichts zunehmender Bedrohungen auf See sucht die Bundesregierung den Schulterschluss mit der maritimen Industrie. „Maritime Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe, nur zu lösen gesamtstaatlich und gemeinsam mit der Industrie“, sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in einer Videobotschaft am zweiten Tag der Nationalen Maritimen Konferenz. Pistorius appellierte in seiner Rede an die maritime Wirtschaft: „Und es ist Aufgabe der Industrie, Produktionskapazitäten zu erhöhen und die Lieferketten stabil und resilient zu gestalten.“ Maritime Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovation seien untrennbar miteinander verbunden. „Die Marine wird sich aktiv in dieses Innovationsökosystem aus Wirtschaft und Wissenschaft einbringen“, kündigte der Minister an.

Aktionsplan für maritime Wirtschaft

Zur Stützung der maritimen Wirtschaft in Deutschland hat die Bundesregierung zum Start der Maritimen Konferenz einen Aktionsplan vorgelegt. Deutschland sei als Handelsnation auf sichere Seewege sowie auf leistungsfähige Häfen und Werften angewiesen, heißt es in dem 15 Punkte umfassenden Papier. Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Schiffbaus geht es in dem Aktionsplan um sicherheits- und energiepolitische Themen. Konkret müsse unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Schiffbauer gegen große Unternehmen aus Asien gestärkt werden. Zudem müssten aus sicherheitspolitischer Sicht Windkraftanlagen auf See und die maritime Infrastruktur gegen feindliche Attacken geschützt werden.

Auch die deutschen Häfen seien im Verteidigungsfall entscheidende Teile der deutschen Infrastruktur und müssten entsprechend ertüchtigt werden. Besonders erwähnt wird der Bau von Schiffen für Behörden und Forschungseinrichtungen. Diese spielten bereits eine wichtige Rolle im deutschen Schiffbau. Dieser Sektor müsse mit staatlichen Bauaufträgen gestützt werden, damit Know-how in Deutschland erhalten bleibe.

dpa/ab

Kommentar von Jens Schwanen, Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Binnenschifffahrt:

„Was bleibt an Erkenntnissen aus der 14. Nationalen Maritimen Konferenz? Alle finden Schifffahrt und Häfen toll, loben die Technologie- und Innovationskräfte der Branchen – aber die berechtigten finanziellen Erwartungen zur Unterstützung des Maritimen Sektors werden wenig bis gar nicht bedient. Eine Knallhart-Absage gab es hierzu von Kanzler Friedrich Merz. Die Öffnung des Sondervermögens Infrastruktur für die Bundeswasserstraßen wurde nicht mal thematisiert. Immerhin gab Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder unumwunden zu, dass es finanziell noch „Luft nach oben“ bei Wasserstraßen und Schifffahrt gibt – und er nannte auch die Binnenschifffahrt sowie ihre Flüsse und Kanäle. Einen richtig starken Auftritt lieferte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. Mit Charme und Wortwitz warb er für Duisburg als Austragungsort der nächsten NMK und schlug in seiner Rede den Bogen zu den wichtigen Hinterlandverbindungen.“

Maritime Sicherheit beginne nicht im Verteidigungssektor, sondern schon bei der zivilen Infrastruktur, betonte Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder. „Häfen, Wasser, Straße, Energie und Kommunikationsnetze stehen zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen“, sagte der CDU-Politiker. Sabotage, Spionage und gezielte Störungen trafen die Lebensadern der deutschen Wirtschaft. „Deshalb gilt: Der Schutz kritischer Infrastrukturen muss absolute Priorität haben.“

Infrastruktur für Dual Use fit machen

Durch die veränderte geopolitische Lage seien die Anforderungen an die norddeutschen Seehäfen noch einmal deutlich gewachsen, betonte Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). „Die Infrastruktur muss zusätzlich für die militärische Nutzung hergerichtet und mindestens für Dual Use geeignet sein.“ Dual Use bezeichnet die Doppelverwendbarkeit von Produkten oder Technologien, die für zivile Zwecke entwickelt wurden, aber auch militärisch genutzt werden können. Unterstützung bekam Tschentscher vom Reeder-Verband: Im Krisenfall würden etwa 90 Prozent der militärischen Ausrüstung und Hilfsgüter über die Handelsschifffahrt transportiert.

„Die Nationale Maritime Konferenz macht deutlich, wie wichtig die maritime Wirtschaft für die Souveränität, Sicherheit und Resilienz Deutschlands ist. Mit der Ausweitung der maritimen Forschungsprogramme und der Aufnahme des Schiffbaus in das Großbürgerschaftsprogramm des Bundes schaffen wir die Grundlage dafür, dass in den nächsten Jahren über 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der maritimen Industrie entstehen können“, fasste Christoph Ploß, Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft und Tourismus, zusammen.

Die nächste Nationale Maritime Konferenz soll in zwei Jahren in Duisburg stattfinden. Dort befindet sich der weltweit größte Binnenhafen.

dpa/Annika Beyer